

VEB Asyl: Bis zur Ausreise wird alles gezahlt



Hier wieder eine Zusammenstellung weiterer dringend erforderlicher Ausgaben des VEB Asyl für Asylanten (0,2 Prozent), Geduldete (32,1 Prozent) und Illegale ([67.7 Prozent](#)). Zur freundlichen Kenntnisnahme durch den braven deutschen Steuerzahler. MfG [Merkel](#).

Vorweg: In Deutschland befinden sich derzeit [1.147.054](#) Neubürger*innen, die auf der Asylschiene ins Land gekommen sind. [700.000](#) werden 2015 insgesamt erwartet. Von den bisher im Jahr 2015 eingereisten [302.415](#) Asylforderern wurden bislang [1.131](#) als politisch Verfolgte nach Art. 16a GG anerkannt. 40.035 weitere Personen wurden aus verschiedensten Gründen unter Abschiebungsschutz gestellt. Für den Rest wird bis zur Ausreise weitergezahlt. Gerne auch, wenn sie nächstes Jahr wiederkommen.

Summary dieses Teils:

Es findet über die Asylschiene eine Einwanderung in die deutschen **Sozialsysteme** statt. Zum Beispiel vom Balkan und aus Palästinerengebieten kommen Personen gezielt wegen **medizinischer Versorgung**. Nach der Erstaufnahmephase sind die Gemeinden für die medizinischen Kosten zuständig. Wegen des hohen Flüchtlingsaufkommens werden Personen teilweise ohne die üblichen Reihenuntersuchungen auf die Gemeinden verteilt. In einzelnen Gemeinden befinden sich Personen, die mehrere Zehntausend Euro pro Jahr an medizinischen Kosten verursachen. Die Bundesländer erstatten unterschiedlich und nur in Härtefällen. Rund ein Viertel der Asylbewerberleistungen fallen für „besondere Leistungen“ an, wohinter sich i.d.R. medizinische Leistungen verbergen, die über die akute Notversorgung hinausgehen.

Dauert ein Asylverfahren länger als 15 Monate, so haben die Betroffenen einen Anspruch auf den **Sozialhilfesatz** (399 € pro Monat statt 359 €). 2009 betraf dies [ein Drittel](#) der Asylbewerber, 2013 [16 Prozent](#). Nach 48 Monaten kommt ein Anspruch auf „Hilfen zum Lebensunterhalt“ dazu, wozu auch eine reguläre Sozialversicherung nach deutschen Standards gehören kann. **Nach Abschluss des Asylverfahrens** haben Asylanten Anspruch auf die gesetzlichen Sozialleistungen, die Geduldeten weiterhin Anspruch nach Asylbewerberleistungsgesetz, welches nach 15 Monaten auf Sozialhilfe-Niveau aufgestockt wird. Die abgelehnten Asylbewerber erhalten bis zur Ausreise Asylbewerberleistungen. Allerdings erlischt dieser Anspruch, wenn sie innerhalb eines Jahres erneut einreisen. Deswegen ziehen es vor allem die europäischen Herkunftse vor, Deutschland vor Beendigung des Asylverfahrens zu verlassen, um bei erneuter Einreise sofort wieder Anspruch auf Asylbewerberleistungen zu haben. (Alle Angaben ohne Gewähr, da von Laien anhand der vorgefundenen Fälle und Statistiken zusammengestellt)



Verschiedene Personenkreise in der Asyl-Industrie und ihre Ansprüche

1. Kontingentsflüchtlinge: von DRK u. ä. Organisationen in Flüchtlingslagern ausgewählte Personen, die kein Asylverfahren durchlaufen, auf Staatskosten als komplette Familien nach Deutschland gebracht werden und sofort eigene Wohnungen und eine Arbeitserlaubnis sowie gesetzliche Sozialversicherung erhalten.
2. Asylanten: als politisch verfolgt anerkannt, Schutz gilt 3 Jahre, danach automatisch unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, falls BAMF nichts anderes verlauten lässt, Sozialstandards wie 1.
3. Personen im Asylverfahren = Asylbewerber. 1) Personen, die nicht in einem anderen Dublin-Staat registriert wurden, b) Personen, die in einem Dublin-Staat registriert wurden (für das Asylverfahren ist eigentlich der andere Staat zuständig, solange sie sich in Deutschland aufhalten, muss der deutsche Staat aber für sie sorgen, derzeit winken vor allem Italien und Österreich Asylbewerber [direkt nach Deutschland](#) durch), Sozialstandards nach Asylbewerberleistungs-Gesetz, d.h. 40 € unter Sozialhilfesatz + Wohnung + Heizung sowie medizinische Notfallversorgung.
4. Abgelehnte Geduldete: sind nicht politisch verfolgt, dürfen aber aus X verschiedenen Gründen bleiben (Bürgerkrieg, Krankheit...). Schutz und Aufenthaltsgenehmigung wie bei anerkannten Asylanten, Sozialstandards wie bei Asylbewerbern.
5. Abgelehnte Ausreisepflichtige: werden bis zu ihrer Ausreise weiter mit Asylbewerberleistungen [alimentiert!](#) Sofern diese vom Sozialamt gekürzt werden, kann dagegen geklagt werden:

Geduldete Ausländer fallen ebenso wie Asylbewerber unter das AsylbLG. Das gilt unabhängig davon, ob sie zuvor einen Asylantrag gestellt haben oder aus anderen Gründen, etwa als Kriegsflüchtlinge, aus gesundheitlichen Gründen, in Folge einer Ausweisung usw. eine Duldung erhalten haben.

Leistungsberechtigt nach dem AsylbLG sind auch **vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer**, die keine Duldung besitzen, § 1 I Nr. 5 AsylbLG. Vollziehbar ausreisepflichtig sind beispielsweise Ausländer mit einer Grenzübergtrittsbescheinigung, Pass-einzugsbescheinigung, Bescheinigung über eine Meldefrist etc. Die Bezeichnungen der von Ausländerbehörden ausgestellten Bescheinigungen unterhalb des Status der "Duldung" sind vielfältig.¹⁴⁸

"Vollziehbar ausreisepflichtige" Ausländer, die sich "tatsächlich" in Deutschland aufhalten, haben auch ohne Duldung oder sonstiges Papier, oder wenn dessen Gültigkeitsdauer abgelaufen ist, **Anspruch auf Leistungen bis zur Ausreise oder Abschiebung**. Dies bestätigt § 1 III AsylbLG. Die Leistung wird in der Praxis zwar häufig verweigert, den Antragstellern von der Rechtsprechung aber regelmäßig zugebilligt.¹⁴⁹

Das Sozialamt kann verlangen, dass der Antragsteller im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht bei der **Ausländerbehörde** vorspricht und sich bemüht, ein gültiges Papier zu erhalten bzw. dieses verlängern zu lassen. Wenn der Antragsteller damit jedoch keinen Erfolg hat und die Ausländerbehörde sich weigert, dem Ausländer eine Duldung oder zumindest irgendeine "Bescheinigung" auszustellen, besteht dennoch ein Leistungsanspruch nach AsylbLG (soweit nicht § 1a AsylbLG entgegensteht, dazu weiter unten).

Der Besitz einer gültigen Duldung ist für den Anspruch auf Leistungen nach AsylbLG nicht erforderlich, § 1 I Nr. 5 AsylbLG. Anspruch auf Leistungen nach AsylbLG haben in gleicher Weise wie Asylbewerber und Ausländer mit einer Duldung grundsätzlich auch Ausländer mit einer Grenzübergtrittsbescheinigung oder ähnlichen Papieren, Ausländer mit abgelaufenen Aufenthaltspapieren sowie Ausländer ohne legalen Status.

Quelle: Pro Asyl 2008



Die meisten abgelehnten Asylbewerber bleiben in Deutschland

Unter den [Ausreisen und Abschiebungen](#) sind nicht nur Asylbewerber, sondern auch Personen mit abgelaufenen Visa:

2013: 127.023 Asylanträge – 6.449 Ausreisen – 10.197 Abschiebungen

2014: 202.834 Asylanträge – 10.880 Ausreisen -10.884 Abschiebungen



Der VEB Asyl begrüßt die illegalen Einwanderer im Gesundheitssystem von Berlin

Der Focus berichtet von Asylbewerbern, die [gezielt wegen medizinischer Versorgung](#) nach Deutschland kommen. Beispiel Berlin:

Der 32-Jährige aus dem bosnischherzegowinischen Bijeljina zieht an der Zigarette. Seine Frau Jasmin trägt die sieben Monate alte Tochter auf dem Arm. „Ich brauche einen Arzt für mein Kind“, sagt Ganic in Deutsch mit leichtem Akzent. „Sie kann ihren Arm nicht richtig bewegen, und in Bosnien kann ich mir keinen Arzt leisten.“ Deshalb steht er jetzt hier vor der zentralen Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge, um im gelobten Land Asyl zu beantragen.

Es ist kein fremdes Land für den Familienvater. Während des Bosnienkriegs in den 90ern flohen seine Eltern in die Bundesrepublik. Der kleine Damir ging hier zur Schule, lernte die Sprache – und musste alles zurücklassen, als seine Eltern in ihre Heimat zurückkehrten.

„Ich hatte kein leichtes Leben in Bosnien“, erinnert sich Ganic. Der Vater versoff Haus und Hof, die Ehe scheiterte. Eine Schule besuchte der Junge nicht mehr, mit Gelegenheitsjobs kam er über die Runden. Seit fünf Jahren ist er arbeitslos. „Hier würde ich jeden Job annehmen“, versichert Ganic. In der Zeitung habe er gelesen, dass man in Deutschland Asyl bekommen könne. „Ich hoffe, dass wir bleiben dürfen.“

Hinter Ganic steht eine Palästinenserin. Sie hat ihre Schwiegereltern nach Deutschland geholt. Der Schwiegervater benötigt nach einer Lebertransplantation dringend Medikamente. Er hat gute Chancen, bleiben zu dürfen. Mitgefühl mit den Balkanflüchtlings ist der 28-Jährigen fremd. Hier würden Unmengen von Menschen aufgenommen, die Hilfe nicht benötigten und die Ämter überfordern würden. „Die haben keine Chance auf Asyl, trotzdem erhalten sie Geld. Das ist ein völlig falscher Anreiz“, schimpft sie.

Dabei vergisst die Palästinenserin offenbar, dass es ein eigenes Gesundheitssystem [ausschließlich für Palästinenser](#) gibt. In dieses zahlt Deutschland über die EU jährlich Millionen ein. Unter Palästinensern ist dennoch das Auswandern aus gesundheitlichen Gründen sehr beliebt, man denke nur an Kulleraugenmädchen Reem, die wegen ihres Beines kam. Der Spiegel beschreibt den illegalen Einwanderungsfall einer Pali-Familie mit zwei schwerstbehinderten Jungen, deren Medikamente alleine [jeweils 10.000 €](#) im Monat verschlingen. Die Jungen leiden an einer degenerativen Erbkrankheit, die im arabischen Raum [wegen Jahrhunderten islamischer Cousinen-Ehen](#) sehr verbreitet ist. Mit den Folgen dieser Steinzeitreligion wird das deutsche Gesundheitssystem zunehmend konfrontiert. Ebenso lockt das deutsche Gesundheitssystem den Balkan an:

Die meisten Flüchtlinge aus dem Balkan wissen sehr genau, dass sie keine Chance auf Asyl haben. Sie kommen trotzdem, um sich ärztlich behandeln zu lassen und um ein paar Monate ein einigermaßen sorgenfreies Leben führen zu können. „Das streitet auch keiner ab“, schildert eine Mitarbeiterin der Ausländerbehörde die Situation.

Für die medizinische Versorgung wendete das Land [Berlin] 23,4 Millionen Euro auf. Flüchtlinge genießen einen ähnlichen Status wie gesetzlich Versicherte. Aufwändige Behandlungen wie Zahnersatz oder künstliche Befruchtung müssen extra beantragt werden.

Und wenn die Antragsformulare ausgehen, drucken wir sie nach!



Medizinische Härtefälle unter den Geduldeten in NRW

Die [WAZ](#) berichtet von Geduldeten, die einzelnen Gemeinden schwer auf der Tasche liegen:

Auch die Kosten für die medizinische Versorgung bringen einige Städte an die Leistungsgrenze. „Wir haben seit geraumer Zeit zwei Fälle, die insgesamt jährlich rund 135.000 Euro an Kosten verursachen“, sagte der Allgemeine Vertreter des Winterberger Bürgermeisters, Ludger Kruse, jüngst in einer Ausschusssitzung. Die Städte müssen pro Jahr und Person bis zu 70.000 Euro selbst übernehmen. Erst was darüber hinaus geht, wird vom Land übernommen. Kruse: „Ein Fall liegt über dieser Grenze, der andere nicht.“

Also stellte die Stadt einen Antrag bei der Bezirksregierung, der aber auch negativ beschieden wurde. „Eine Kostenerstattung über die 70.000 Euro hinaus ist offenbar unter anderem an Fristen und Einreise-Daten gebunden. Und da fallen wir durchs Raster“, so Ludger Kruse. Die betroffene Person in Winterberg befindet sich in einem Duldungsstatus. Kruse: „Vermutlich wird sie geduldet, weil sie schwer krank ist.“ Die Kostenübernahme sei aber doch eine staatliche Aufgabe und nicht die einer Kommune.

Die 70.000-er Marschroute stößt bei den Städten auf Unmut. Auch in Hallenberg gab es vor einigen Jahren zwei Krankheitsfälle, die schlussendlich die Finanzen einer kleinen Stadt belastet hatten.

Merke: Der Duldungsstatus kommt einer Gleichstellung im deutschen Gesundheitssystem nach den Vorgaben der gesetzlichen Krankenversicherung gleich. In NRW gibt es [36.000](#) Geduldete.



Staatsausgaben nach Asylbewerberleistungsgesetz 2013

2013 gab der deutsche Staat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz **1,5 Mrd. €** aus. 76 Prozent wurden für **Regelleistungen** verwendet, 24 Prozent für „**besondere Leistungen**“, worunter sich hauptsächlich medizinische Leistungen verstecken.

Zum Stichtag 31.12.2013 erhielten 224.993 Personen Leistungen als Asylbewerber.

Empfänger von Sozialhilfe		
Grundsicherung	2013	962 187
Hilfe zur Pflege	2013	444 012
Wohngeldhaushalte	2013	664 724
Asylbewerberleistungen	2013	224 993



Asylbewerber-Leistungen auf Sozialhilfe-Niveau nach 15 Monaten

Ist ein Asylbewerber 15 Monate in Deutschland, bekommt er mehr Geld:

[Asylbewerber-Leistungsgesetz § 2: Leistungen in besonderen Fällen](#)

*(1) Abweichend von den §§ 3 bis 7 ist das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, **die sich seit 15 Monaten ohne wesentliche Unterbrechung im Bundesgebiet aufhalten und die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben.***

Im Sozialgesetzbuch XII geht es um Sozialhilfe. Zum Vergleich: Der Asylbewerber-Regelsatz beträgt **359 €** pro Monat, der **Sozialhilfesatz 399 €** pro Monat.

Zusätzlich müssen Wohnung und Heizung gezahlt werden. Hier die Wohnsituation der Asylbewerber (ohne Geduldete und Abgelehnte) zum Stichtag 31.12.2013:

Insgesamt nach Bundesländern und Art der Unterbringung am 31.12.2013 **Unterbringung Asylbewerber 2013**

Bundesländer	Insgesamt	davon		
		Aufnahmeeinrichtung	Gemeinschaftsunterkunft	dezentrale Unterbringung
Deutschland	224 993	26 140	89 562	109 291
Baden-Württemberg	23 548	1 033	14 977	7 538
Bayern	25 199	2 197	11 963	11 039
Berlin	17 295	2 351	6 311	8 633
Brandenburg	5 660	902	3 136	1 622
Bremen	4 240	134	1 168	2 938
Hamburg	9 304	583	3 099	5 642
Hessen	14 971	1 342	7 434	6 195
Mecklenburg-Vorpommern	4 367	409	2 036	1 922
Niedersachsen	23 156	1 005	3 625	18 526
Nordrhein-Westfalen	57 366	13 274	21 897	22 195
Rheinland-Pfalz	9 572	849	822	7 901
Saarland	1 827	131	971	725
Sachsen	9 454	283	6 034	3 137
Sachsen-Anhalt	6 673	725	3 223	2 725
Schleswig-Holstein	7 554	505	643	6 406
Thüringen	4 807	437	2 223	2 147

Nach 48 Monaten stehen Asylbewerbern noch ausgedehntere „Hilfen zum Lebensunterhalt“ zu. Außer Miete und Heizkosten können dies sein: Mehrbedarf, Einmalleistungen, Übernahme von Mietschulden sowie Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge.

2013 hatten 16 Prozent der Asylbewerber Anspruch auf „Hilfen zum Lebensunterhalt“:

Leistungs- und Hilfearten nach Bundesländern am 31.12.2013 **Leistungen für Asylbewerber 2013**

Bundesländer	Regelleistungen	davon			davon	
		Grundleistungen	Hilfe zum Lebensunterhalt	Besondere Leistungen	Andere Leistungen	Leistungen 5. bis 9. Kapitel SGB XII
Deutschland	224 993	188 624	36 369	65 875	56 727	9 148
Früheres Bundesgebiet	176 737	149 364	27 373	52 863	45 791	7 072
neue Länder einschließlich Berlin	48 256	39 260	8 996	13 012	10 936	2 076
Baden-Württemberg	23 548	21 929	1 619	9 069	8 889	180
Bayern	25 199	24 166	1 033	7 358	7 095	263
Berlin	17 295	11 527	5 768	1 118	853	265
Brandenburg	5 660	5 216	444	2 146	1 918	228
Bremen	4 240	2 477	1 763	2 440	1 639	801
Hamburg	9 304	7 170	2 134	309	198	111
Hessen	14 971	13 207	1 764	8 589	7 930	659
Mecklenburg-Vorpommern	4 367	3 967	400	2 317	2 076	241
Niedersachsen	23 156	19 075	4 081	11 079	10 012	1 067
Nordrhein-Westfalen	57 366	45 143	12 223	7 419	4 442	2 977
Rheinland-Pfalz	9 572	8 675	897	3 917	3 306	611
Saarland	1 827	1 467	360	1 223	1 103	120
Sachsen	9 454	8 590	864	1 147	335	812
Sachsen-Anhalt	6 673	5 861	812	4 079	3 955	124
Schleswig-Holstein	7 554	6 055	1 499	1 460	1 177	283
Thüringen	4 807	4 099	708	2 205	1 799	406

Empfängerinnen und Empfänger verschiedener Leistungen werden bei jeder zutreffenden Leistungsform gezählt.

Hier eine Tabelle, die zum Stichtag 31.12.2013 die Dauer des Aufenthalts von Asylbewerbern zeigt:

Empfängerinnen und Empfänger

Dauer der Leistungen für Asylbewerber

Regelleistungen nach Altersgruppen, Dauer der Leistungsgewährung und Geschlecht am 31.12.2013

Alter	Insgesamt	Dauer der Leistungsgewährung in Monaten				
		unter 3	3 bis unter 12	12 bis unter 24	24 bis unter 36	36 und mehr
Insgesamt						
unter 18	68 866	15 239	20 658	12 590	5 601	14 778
18 bis 65	151 837	34 390	44 678	27 900	13 460	31 409
65 und älter	4 290	349	644	555	337	2 405
Zusammen	224 993	49 978	65 980	41 045	19 398	48 592
		Männlich		nach 15 Monaten Sozialhilfe		
unter 18	35 825	8 035	10 715	6 577	2 943	7 555
18 bis 65	100 330	23 174	30 040	18 280	8 952	19 884
65 und älter	1 718	169	257	231	125	936
Zusammen	137 873	31 378	41 012	25 088	12 020	28 375
Weiblich						
unter 18	33 041	7 204	9 943	6 013	2 658	7 223
18 bis 65	51 507	11 216	14 638	9 620	4 508	11 525
65 und älter	2 572	180	387	324	212	1 469
Zusammen	87 120	18 600	24 968	15 957	7 378	20 217

Eine solche Statistik liegt für 2014 noch nicht vor, zumindest wurde keine veröffentlicht. Zu beachten ist, dass

a) in der Zwischenzeit die Zahl der Asylbewerber drastisch gestiegen ist

b) dass diejenigen aus der Statistik fallen, deren Asylverfahren abgeschlossen ist. Da kaum abgeschoben wird, müssen auch diese Personen versorgt werden, sofern sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Wie viele das sind, steht in den Sternen.

Die Grenze nach oben ist offen, so können zum Beispiel Balkan-Familien hier [sehr viel mehr Geld](#) einnehmen als in ihrer Heimat:

Es wird so lange gezahlt, bis er arbeitet oder ausreist. „Bei einer Familie kommen da schnell 1000 Euro im Monat zusammen“, rechnet CDU-Experte Dregger vor. „Bei einem Durchschnittslohn von vielleicht 300 Euro auf dem Balkan ist das ein großes Lockmittel.“

Wie viele Personen in NRW laut Sozialbericht 2013 „Mindestsicherungsleistungen“ bezogen haben, kann man in der nachfolgenden Übersicht sehen, darunter Arbeitslose, Rentenaufstocker, Erwerbsunfähige und Behinderte. Extra angegeben sind die Asylbewerber mit 57.000 Personen. Doch wie viele auf der Asylschiene Eingewanderte befinden sich in den übrigen Posten? [189.000](#) Ausländer sind alleine in NRW arbeitslos gemeldet, dazu kommt noch der Familienanhang. Wie viele über Asyl Eingewanderte sind dabei? Diese Folgekosten werden nicht ausgewiesen.

Mindestsicherungsleistungen in NRW Ende 2013*

Arbeitslosengeld II („Grundsicherung für Arbeitsuchende“): 1,59 Millionen Personen

Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung („Sozialhilfe“): 250.000 Personen

Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: 57.000 Personen

Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen: 32.000 Personen

Mindestsicherungsquoten:

16,2 % Wuppertal

16,6 % Dortmund

17,0 % Mönchengladbach

17,2 % Essen

19,8 % Gelsenkirchen

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



* neuere Zahlen noch nicht vom Ministerium veröffentlicht
http://www.miaa.nrw.de/sozialberichte/sozialberichterstattung_nrwkurzanalyse/index.php

Die NRW-Gemeinden müssen nach Recherchen eines Landtagsabgeordneten [36.000 Geduldeten](#) den Lebensunterhalt bezahlen – ohne jede Kostenerstattung:

Im Gegenteil: Die Landesregierung muss das nordrhein-westfälische System der Flüchtlingspauschale endlich reformulieren und durch eine Vollkostenerstattung ersetzen. Das jetzige System ist völlig überholt und gescheitert. Lediglich rund 7.500 Euro Pauschalerstattung bei tatsächlich doppelt so hohen Kosten und keinerlei Erstattung für die rund 36.000 geduldeten Flüchtlinge bringen die Kommunen in große Nöte. Außerdem lässt die Landesregierung die Kommunen weitgehend auf den Krankheitskosten sitzen und sieht darüber hinaus eine Berechnungssystematik vor, die nur die Kostenerstattung für 28.380 Asylbewerbern in diesem Jahr vorsieht - während mehr als doppelt so viele Flüchtlinge zu versorgen waren. Dass dieses System nicht auf Dauer funktionieren kann, muss auch Rot-Grün endlich begreifen.



Der Spezialtrick der „Asylbewerber“ vom Balkan

Es lohnt sich aber nicht nur der lange Aufenthalt in Deutschlands Sozialsystemen, sondern auch [der wiederholte Asylaufenthalt](#):

Die meisten abgelehnten Bewerber reisen freiwillig zurück. Bei einer Abschiebung würde nämlich ein generelles EU-Einreiseverbot ausgesprochen. Gehen sie von sich aus, können sie später erneut einen Asylantrag stellen. Manche tun das sogar regelmäßig. Mehr als jeder dritte Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina hat bereits ein gescheitertes Antragsverfahren hinter sich, so ein Experte aus dem Innenministerium.

Damit sind die Balkan-Herkünfte von außerhalb der EU besser gestellt als die Arbeits- und Armutsmigranten aus Rumänien und Bulgarien, denn diese Slum-Schichten werden in den Ruhrgebietsstädten „nur“ mit Gesundheitsversorgung und Beschulung versorgt. Das gilt auch noch nach der kürzlich erfolgten „Verschärfung“ des Aufenthaltsrechts für Asylbewerber, denn [Gummi-Paragraph 11](#) erlaubt in Absatz 6 nach einem Ablehnungsbescheid die Wiedereinreise nach einem Jahr. Damit auch nächstes Jahr wieder Zigeuner & Co. Winterurlaub in Deutschland machen können...



Weniger Service für die Steuerzahler: Personal-Versetzung in Gemeinden

Dem [bayerischen Landkreis Fürstfeldbruck](#) gehen die Unterkünfte für Asylbewerber aus. Landrat Thomas Karmasin (CSU) stimmte die Einwohner am Dienstag auf harte Maßnahmen ein. Unter anderem soll Personal aus den Servicestellen und den Verwaltungsämtern abgezogen werden, um dem Zustrom von Asylsuchenden Herr zu werden. Bürger müßten sich deswegen auf längere Wartezeiten einstellen, berichtet der Münchner Merkur. [...]



Werden Parkhäuser zu Goldgruben?

Auch diese geniale Idee stammt aus [Fürstfeldbruck](#). Jetzt erweist es sich als Vorteil, dass Deutschland ein Autoland ist:

Auch die Nutzung von Tiefgaragen als Notunterkünfte wird geprüft. [...]

Bestimmt stellen die Parkhäuser in den Innenstädten gerne jeweils ein Parkdeck zur freien Verfügung. Pro Stunde und Asylbewerber 2,50 €.



Asyl-Container kosten 20.000 Euro pro Person

Vielleicht findet man im städtischen Raum noch Platz für ein Containerdorf? Ein Container-Platz kostet in Berlin [20.000 €](#). Sollte Deutschland die „Flüchtlinge“ irgendwann wieder los werden, kommen Entsorgungskosten hinzu.

Ausland

AU: Zwangszuweisungen, wenn Gemeinden Quoten nicht erfüllen

Die Österreicher sind schon weiter. Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt! [Österreich](#) ändert ggf. die Verfassung für Zwangszuweisungen, schreibt die Kronzeitung. Zwangszuweisungen sind immer auch zwangsweise zu tragende Kosten für die Gemeinden.

Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner haben am Freitag ihre Lösungsansätze für die angespannte Situation bei der Verteilung von Flüchtlingen präsentiert. Dabei sind auch „Zwangsquartiere“ in Bezirken und Gemeinden geplant, die ihre Quote nicht erfüllen. Dazu ist jedoch eine Verfassungsänderung nötig. [...] Die Verfassungsänderung soll es dem Innenministerium ermöglichen, „Widmungen und baubehördliche Verfahren“, für die derzeit Gemeinde oder Bundesland zuständig sind, selbst durchzuführen, um so Flüchtlingsquartiere zu schaffen, so Faymann. Er räumte einen „schweren Eingriff“ in die Verfassung ein, ortet aber in den Ländern eine „gewisse Grundbereitschaft“.[...] „Wir tragen das Problem nicht zu jedem Landbürgermeister.“ Und man werde die „Ersatzvornahme“ ausschließlich dort zum Einsatz bringen, wo die Quote nicht erfüllt werde – niemand müsse sich fürchten, dass der Bund zusätzliche Quartiere installieren werde, wenn das Soll erbracht wurde, versicherte die Regierungsspitze. Außerdem werde die Bestimmung nur für Grundstücke oder Gebäude gelten, „über die der Bund Verfügungsberechtigt ist“, hieß es. [...] In Kraft treten soll das Gesetz so bald wie möglich, Kanzler und Vizekanzler stellen auch eine Sondersitzung des Nationalrats in den Raum. Es braucht allerdings die Stimmen von FPÖ oder Grünen für die nötige Zweidrittelmehrheit.

Hier der Internetpranger die österreichische [Statistik zur „Quotenerfüllung“](#). Auch im bereits erwähnten bayerischen Landkreis Fürstfeldbruck werden von einzelnen Gemeinden die Quoten nicht erfüllt, was den [Landrat](#) zu solchen Äußerungen bewegt:

Allerdings kündigte er an, dass Kommunen, die keine Plätze nachweisen können, damit rechnen müssen, dass er notfalls ihre Bürgerhäuser beschlagnahmen werde.

Also schaffen Sie gefälligst Platz!

PI-Asylkosten-Schätzung 2015:

Gemeinden (Unterbringung, Asylbewerberleistungen, MUFL, Medizinkosten, Ausländerämter): **20 Mrd. €**

Länder (Ministerien, Erstaufnahme, Logistik, Erstattungen): **6 Mrd. €**

Bund (BAMF, Bundespolizei, Bundeswehr, Finanzspritzen, Förderung NGOs): **2 Mrd. €**

= 28 Mrd. €

+ arbeitslose Geduldete+ Integrationskosten+ gestiegene Polizeikosten+ Verluste Einbrüche, Überfälle+ Schulkosten+ Abschiebekosten+ Familiennachzug+ EU-Asylangelegenheiten+ 6000 neue Stellen+ Traumatherapie+ Wohnungsbau für Asylbewerber+ **Einwanderung in deutsche Sozialsysteme**

= 35 Mrd. € pro Jahr

PI-Datensammlung für die Schätzung:

Personen wegen Asyl / Aufenthalt in Deutschland

Ausländer, die über die Asylschiene nach Deutschland gekommen sind	1.147.054 (Juli), geschätzter Aufwand für ein Asylverfahren, ohne Folgekosten (Arbeitslosigkeit, Kriminalität) pro Person 25.000 € . Nach Abschluss des Asylverfahrens besteht bei Aufenthaltserlaubnis / Duldung ein Anspruch auf Hartz-IV-Zahlungen aus Bundesmitteln. Die Gemeinde übernimmt dabei die Kosten für Unterkunft, Heizung und Hilfen für Kinder.
– davon Asylberechtigte	38.473 (Juni)
– davon Geduldete (abgelehnt, aber nicht abgeschoben, bei Arbeitslosigkeit Hartz IV)	600.000 Personen (Stand Januar), 536.997 (Juni)
– davon Asylverfahren in Bearbeitung	240.000 (Juli)
2015 registrierte Asylsuchende	302.415 (bis 31. Juli)
2015 aufgenommene MUFL (müssen keinen Asylantrag stellen)	hinzugekommen 22.000 Personen (1. Halbjahr 2015)

2015 gestellte Asylanträge	258.000 (bis 31. Juli), davon 1.131 gemäß Art. 16a GG als politisch Verfolgte anerkannt, 40.035 weitere Personen unter Abschiebungsschutz gestellt. Letzte Herkunfts-Statistik Juni
2015 Asylbewerber bis Jahresende erwartet	400.000 (tagesschau), 450.000 (BAMF), 600.000 (BW), 700.000 (Bayern). Pro Woche 8000
Asylbewerber ab 2016 erwartet	2016: 1 Mio. , 2017: 2 Mio.
Familiennachzug anerkannter Asylanten/Kontingentsflüchtlinge	4831 Visa erteilt, 31.500 Absichtserklärungen (NRW)
Abschiebungen	8.178 (1. Halbjahr 2015). Abschiebungen in 80 Prozent der Fälle nicht möglich wegen fehlender Papiere.
freiwillige Rückkehr	12.600 (1. Halbjahr), Rückkehrprämie 600 € pro Person in Lörrach

Aufwand auf verschiedenen Ebenen

- 6000 neue Stelle für deutsche Asylindustrie: [2,5 Mrd. €](#) • Anteilige Personalkosten pro Asylbewerber [2.500 €](#) (Österreich)

Aufwand auf Bundes-Ebene

2015 Registrierung Asylbewerber	302.415 (bis 31. Juli)
2015 eingegangene Asylanträge	258.000 (bis 31. Juli)
2015 Asylanträge in Bearbeitung	240.000 (Juli), 39.846 Anhörungen (bis Juni)
Durchschnittliche Verfahrensdauer	5,3 Monate
Verfahrensverlängerung durch Folgeanträge abgelehnter / wiedereingereister Personen	22.990 Verfahren anhängig (30. Juni)
Anzahl getroffener Entscheidungen	114.060 (1. Halbjahr)
Verwaltungskosten eines Asylverfahrens	1400 € (Österreich)
Personalaufwand BAMF	Normalbesetzung: 2200 , Neueinstellungen: 2014: 300 , 2015: 1000 , 2016: 1000 . Personalkosten pro Person ca. 50.000 €

Asyl-Aufwand Bundespolizei	Starke Auslastung mit illegalen Migranten z.B. in Flensburg , Passau , Rosenheim , Trier . Polizeibegleitung bei 1431 Abschiebungen auf dem Luftweg, z.B. 37 Beamte für Abschiebung von 62 Serben für 45.000 € (2013). 150 neue Stellen (2015), 100 neue Stellen (2017). Tätigkeitsberichte der Bundespolizeidirektionen.
Asyl-Aufwand Bundeswehr	Teilnahme an EU-Operation „Eunavfor Med“ mit 2 Schiffen und 316 Soldaten um 6000 Personen von Schleuserbooten aufzunehmen (Stand Juli), 11 Kasernen mit 6170 Plätzen + 141 Zelte mit 1120 Plätzen abgetreten
Finanzspritzen für Bundesländer / Gemeinden	2015: 1 Mrd. € zur Weiterleitung an Gemeinden. Neubau von Sozialwohnungen für Flüchtlinge mit Bundesmitteln 518 Mio. € pro Jahr. Bayern fordert 2 Mrd. € jährlich für Wohnungsbauprogramme. Hartz IV-Bezüge von ehemaligen Asylbewerbern mit einem Aufenthaltstitel in Deutschland.

Aufwand auf Landes-Ebene

Kosten pro Person	12.500 bis 15.600 € pro Jahr (ohne Schulkosten und Betreuung für Kinder und Jugendliche)
Aufwand der zentralen Ausländerämter für Abschiebungen	8.178 Abschiebungen im 1. Halbjahr 2015), Kosten pro Person 5.000 bis 15.000 € , z.B. 8 Georgier 81.000 € . Abschiebungen in 80 Prozent der Fälle nicht möglich wegen fehlender Papiere.
Personalaufwand	3.750 zusätzliche Stellen
erhöhter Polizeiaufwand	38.119 tatverdächtige Asylbewerber (2014)
Pauschale Erstattungen für die Unterbringung von Asylbewerbern an die Gemeinden pro Person und Jahr	6.014 € Rheinland-Pfalz, 6.684 € Thüringen, 7500 € NRW (tatsächliche Kosten 15.000 €), 7.554 € Hessen, 7.600 Sachsen, 8200 € Niedersachsen, 9.128 € Brandenburg, ab 2016 13.3216 € (ab 2016: 13.960 €) Einmalzahlung Baden-Württemberg Vollkostenerstattung in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland
MUFL-Erstattungen an Gemeinden	22.000 angeblich minderjährige Personen eingereist (1. Halbjahr 2015), Kosten pro Person und Jahr: 40.000 € , 60.000 € bis 120.000 € . Aufwand in NRW 87 Mio. € (2015) + 155 Mio. € (2016). Aufwand Bayern 510 Mio. € . Einblick in die MUFL-Industrie .

Baden-Württemberg	<p>95 Mio. € für Trauma-Therapie. 30 Mio. € für Wohnraum-Programm. 13.260 € Kostenpauschale pro Asylbewerber an die Gemeinden, ab 2016 13.960 €. Trotzdem 12 Mio. € Defizit bei den Gemeinden für Unterbringung. Betreuung, Sprachkurse, Verwaltung und medizinische Versorgung kommen extra. 11.000 neue Erstaufnahmeplätze geplant.</p>
Bayern	<p>1.300 € Aufwand pro erwachsenem Flüchtling im Monat. 510 Mio. € für 8.500 MUFL. 900 Mio. € für 862 zusätzliche Stellen, davon 200 Polizeibeamte zur Heimbewachung (2015). Alle vorhandenen Sozialpädagogen im Staatsdienst eingestellt. Gemeinden bekommen volle Kosten erstattet. 2014: 410,8 Mio € für Unterbringung und Versorgung. 2015 / 2016 im Landeshaushalt 3 Mrd. € für Asyl. 2015 kamen 60.000 neue Asylbewerber (bis Juni), München: 400 Personen pro Woche, in der Erstaufnahme: 5900 (Juli). 2013 574 MUFL, 2014 3400 MUFL für 51 Mio. €. 2015: 8500 MUFL (bis Juli) für 510 Mio. €, bis Jahresende erwartet: 15.000 MUFL. Alleine Diakonie betreibt 400 Clearingstellen. Danach kommen MUFL in Wohngruppen + Pflegefamilien.</p>
Brandenburg	<p>2.300 € Investitionspauschale pro Platz</p>
Berlin	<p>26.000 Asylbewerber, davon 18.467 in 2015 gekommen (bis Juni).Erstaufnahme: Tagessätze zwischen 7,30 und 15,00 € plus Vollverpflegungskosten. 60 Asylwohnheime für 15.900 Personen mit Tagessätzen zwischen 8,29 und 16,00 €. Hotelunterbringung: 1800 Personen für 8,4 Mio. € (1. Halbjahr), Hotel-Tagessätze: 25 – 45 €. Berlin erhöht Wohnstandards und Integrationsleistungen für Asylbewerber. Gesundheitskarte wird eingeführt. Maklergebühren 186.000 € für 3 Objekte. Unterkunft für 20 Illegale 1,5 Mio. € pro Jahr. Asylkosten 2014: 251 Mio. €, davon 94,4 Mio € für Unterbringung. Geplante Asylkosten 2016: 400 Mio. €, Asylkosten 2017: 450 Mio. €.</p>
Hamburg	<p>Täglich 200 bis 300 neue Asylbewerber. Neues Asyllager für 1.200 Personen in der Hamburger Messehalle. Asylbewerber dürfen Schwarzfahren.</p>

Hessen	7.554 € Kopfpauschale an Gemeinden, 243 Mio. € für 190 neue Asylindustrie-Stellen, ab 2017 sind 390 Mio. € für weitere neue Stellen eingeplant
Niedersachsen	In Erstaufnahme-Einrichtungen: 6000 Personen (Juli 2015). Pauschale pro Person und pro Jahr: 8200 € .
NRW	90.000 neue Asylbewerber (August). 242 Mio. € für MUFL (2015/16). Großraum-Zelte für 1000 Mann zur Erstaufnahme geplant. 807 neue Stellen zu je 50.000 € für Flüchtlings-Betreuung. 288 Mio. € für 674 Flüchtlingslehrer. Im Landeshaushalt 2016 eingeplant: 1,2 Mrd. € (ohne Heimpersonal, Verwaltung und zusätzlichen Ausgaben der Gemeinden). Belastung der NRW-Gemeinden 35,2 Mio. € . 4831 Visa für Familiennachzug erteilt, 31.500 weitere Interessenten. 189.000 arbeitslos gemeldete Ausländer + Familienanhang. 2014 Ausgaben der Gemeinden für Asyl 550 Mio. € , erstattet wurden vom Land lediglich 112 Mio. € . Kosten-Erstattung pro Person: 7500 € , tatsächliche Kosten: 15.000 € . 36.000 Geduldete in NRW, für die die Gemeinden aufkommen müssen. 130.000 neue Asylbewerber dieses Jahr erwartet.
Schleswig-Holstein	2014: 80 Mio. € , 2015: 287 Mio. € + 1 Mio. € für Beschleunigung Asylverfahren, 2016: 298 Mio. € Schätzung

Gesamtaufwand auf Gemeinde-Ebene und Einzelbeispiele

Gesamtaufwand der Gemeinden	das 20-fache der 2015 gewährten Bundesmittel in Höhe von 1 Mrd. €, also 20 Mrd. €
Beschaffung von Wohnraum für Asylbewerber	LANDESHILFEN: 2.300 € Investitionspauschale pro Platz in Brandenburg, 7500 € in Thüringen. 30 Mio. € für Wohnraum-Programm (alleine Ludwigshafen gibt aber schon über 22,6 Mio. € aus!). GEMEINDEN: Asylcontainer für 75 Personen kosten 1,2 Mio. € . Container in Berlin 20.000 € pro Platz.

<p>Asylbewerberleistungen (Unterbringung, Lebensunterhalt, Taschengeld)</p>	<p>Asylbewerber-Regelsatz für täglichen Bedarf und Taschengeld 359 € pro Monat. Gesamtaufwand inkl. Unterbringung im Schnitt 15.000 € pro Person und Jahr (NRW) bzw. 1.300 € pro Monat (Bayern). 2013 bezogen 225.000 Personen Asylbewerberleistungen, davon 61% Männer, 41% Asiaten, 38% Europäer, 17% Afrikaner, 4% unbekannter Herkunft. Nach 15 Monaten Aufenthalt erhalten Asylbewerber Sozialhilfe in Höhe von 399 € pro Monat. 2009 war dies ein Drittel der Leistungsbezieher. 2013 waren dies 16 % der Asylbewerber. 2013: 1,5 Mrd. € für Asylbewerberleistungen.</p>
<p>Betreuungsaufwand (Sozialpädagogen u.ä.)</p>	<p>833 € pro Person</p>
<p>Medizinische Versorgung</p>	<p>Flüchtlinge genießen ähnlichen Status wie gesetzlich Versicherte. Zahnersatz oder künstliche Befruchtung müssen extra beantragt werden. Westerstede: pro Person 5.900 €. 5% erhalten Psychotherapie, 40% bräuchten Trauma-Therapie. Arabische Erbkrankheiten kosten mehr als 10.000 € pro Monat. ERSTATTUNG: Hessen übernimmt Gesundheitskosten in den ersten zwei Jahren, wenn diese mehr als 10.226 Euro betragen. Rheinland-Pfalz zahlt 85 Prozent der Kosten von stationären Aufenthalten, die über 7.600 Euro liegen. In Sachsen werden Gesundheitskosten von über 7.669,38 Euro übernommen.</p>
<p>Unterkunft, Heizung, Hilfen für Kinder nach abgeschlossenem Asylverfahren und Aufenthaltserlaubnis in Deutschland</p>	<p>Alleine in NRW 189.000 arbeitslos gemeldete Ausländer + Familienanhang. 280 qm - Wohnung für eine syrische Moslemfamilie in Bremen. Polygamisten holen Ehefrauen nach.</p>
<p>Dortmund</p>	<p>40,9 Mio. € Aufwand = 2,77 % des Haushalts (2015). 3.700 Asylbewerber (Stand Juli 2015), davon 2.100 in Wohnungen untergebracht. Strom kostenlos. Zusätzlich Kosten durch täglich 20 neue MUFL (2015). 200 bis 300 MUFL pro Jahr (2014). Schuldenstand 2015: 2,2 Mrd. €. Kommentar des Stadtkämmerers zu Ausländerkosten. 18.333 ausländische Hartz-IV-Empfänger (2014).</p>

Dresden	In 2014 15,6 Mio. € gezahlt, davon 6,2 Mio. € Eigenleistung der Stadt. 2015 beträgt der Aufwand 47 Mio. € =3,5 % des Haushalts (2015), man rechnet mit 21,7 Mio. € Landeszuschuss.
Garmisch-Partenkirchen	Betreuung für 300 Asylbewerber 250.000 €
Hannover	Hannover: 15 Mio. € „Nebenkosten“ Asyl (Sozialpädagogen, Wachdienste, Arztkosten). Asylkosten machen zweitgrößten Posten der Landeshauptstadt aus.
Lörrach	65.000 € für freiwillige Rückkehr von 107 Personen
Ludwigshafen	Immobilienbau und -sanierung für 22,6 Mio. € . Aufwand für Betreuung steigt: neue Sozialarbeiter*innen für Koordinationsstelle Asyl, zentraler Sozialdienst (Kita und Schule). AWO / SPD fordern Einführung Gesundheitskarte .
München	93,2 Mio. € Aufwand 1. Halbjahr 2015 = 3,1 % des Haushalts
Osterholz	4,5 Mio. € Ausgaben für Asyl (2015)
Schwäbisch Hall	30.000 € Renovierungskosten für 8 Zimmer
Westerstede	Medizinische Versorgung pro Person 5.900 €
Winterberg	Medizinische Versorgung von 2 Geduldeten 135.000 € pro Jahr, davon 70.000 € vom Land NRW erstattet.

Abgelegt unter [Asyl-Irrsinn](#) und [Finanzen](#).

Weitere Artikel:

- » [Dortmund](#): Täglich 1 Millionen Euro für MUFL weg
- » Weitere [Nebenkosten](#) der Asyl-Industrie
- » [6000 neue Stellen](#) in der Asyl-Industrie
- » [Staat weiß nicht](#), wie hoch die Asylkosten sind?
- » Unsere täglichen [MUFL gib uns heute](#)
- » [Was kostet der Asyl-Irrsinn?](#)
- » [5000 Euro V.I.P.-Asyl](#) für Afro-Teenies
- » Asylkosten:[Zahl der MUFL](#)

Quelle: <http://www.pi-news.net/2015/08/veb-asyl-bis-zur-ausreise-wird-alles-gezahlt/>